

# Alles wird gut!

## Das *forum*-Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode

In der September-Ausgabe von *forum* hatten wir ein Dutzend Organisationen der Zivilgesellschaft gebeten, ihre Erwartungen an die kommende Regierung zu formulieren. Viele gute und wichtige Ideen sind dort zusammen gekommen. Im folgenden wollen wir unsere eigene Vision beisteuern und aufzählen, was uns für die kommenden Jahre richtig und wichtig erscheint. Parteien, die inhaltlich noch nicht so gefestigt sind, laden wir herzlich ein, diese Liste als Inspirationsquelle zu nutzen! Hier also ein paar Dinge, die wir uns dringend wünschen:

- einen luxemburgischen Beitrag zur Stabilisierung der europäischen Union (Rückbesinnung auf die traditionelle Vermittlerrolle des Landes und Verzicht auf destruktive Positionen etwa im Bereich der Unternehmensbesteuerung);
- ein klares Bekenntnis zum Vorrang von Menschen- und Persönlichkeitsrechten gegenüber Eigentumsrechten und Sicherheitsbedenken;
- ein klares Signal gegen den auch in Luxemburg aufkeimenden identitären Diskurs und einen unmissverständlichen Einsatz für die multi-kulturelle, multi-ethnische und vielsprachige luxemburgische Gesellschaft;

\*

- eine Abkehr von der schleichenden „Monaco-isierung“ des Landes und des Umbaus Luxemburgs zu einer Reichenenklave; insbesondere konkrete wohnungspolitische Maßnahmen, um der demographischen Abwanderung/Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten aus der Hauptstadt und dem Zentrum des Landes zu begegnen (massive öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau, Besteuerung des Leerstandes);
- Gewährleistung eines bezahlbaren und vereinfachten Zugangs zu Justizdienstleistungen für sozial benachteiligte Gruppen;
- Anpassung des Mindestlohnes an die allgemeine Wohlstandsentwicklung;
- Beginn der Übernahme von (finanzieller) Verantwortung für die Kommunen der französischen, belgischen und deutschen Grenzregionen, die Teil des luxemburgischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells sind;

- die Aufrechterhaltung bzw. Wiedereinführung von Erbschaftssteuern und eine Reform der Stock Option Regelungen, um das Prinzip der Steuergerechtigkeit zu gewährleisten;
- eine Pause bei der Gehälterentwicklung im öffentlichen Dienst zum Schutz der übrigen Wirtschaftssektoren;
- eine Besteuerung von Kapital und Produktivitätsgewinnen (im Zuge von KI, Digitalisierung, Automatisierung und Robotisierung der luxemburgischen Wirtschaft);
- eine Reform des Pensionssystems, um Luxemburg unabhängiger von exzessiven Wachstumsraten zu machen;

\*

- die Anerkennung des Klimawandels als Hauptherausforderung unserer Zeit und als Orientierungspunkt für alle anderen Politikbereiche;
- die effektive Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen und einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien;
- Ausbau eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Transportes über die territorialen Grenzen Luxemburgs hinaus;
- konkrete Maßnahmen zur Luftreinhaltung durch eine gezielte Beschränkung und Steuerung des Individualverkehrs (adäquate Besteuerung, Umweltschutzplakette, Maßnahmen wie Fahrverbote zur Eindämmung der Stickoxidbelastung, Abkehr vom Tanktourismus sowie massive Förderung der sanften Mobilität);
- finanzielle Anreize zum weitgehenden Umbau der luxemburgischen Landwirtschaft in Richtung Biolandbau, Erhalt der Bodenqualität und der Agrarflächen;

- weitere Investitionen in die Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung;
- Entwicklung einer umfassenden, nationalen Müllvermeidungsstrategie;

\*

- den Erhalt einer starken öffentlichen Schule (insbes. Grundschule) bei gleichzeitiger Diversifizierung des Lehrangebots insbesondere im Hinblick auf benachteiligte Schüler. Rückführung des Verwaltungsaufwandes auf ein vertragliches Maß, Unterstützung der Lehrer durch Weiterbildung und Coaching, Einführung von Qualitätskontrollen und Supervision;
- Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Fernsehens (unabhängig von RTL);
- die komplette Entkriminalisierung leichter Drogen;
- Reform des Gesetzes zum Informationszugang;
- eine offene Kulturpolitik, die auf den Kulturrechten und der Würde des Einzelnen aufbaut und sich an internationalen Standards orientiert;

\*

- die Abschaffung des Doppelmandats (Abgeordnete/Bürgermeister);
- Schaffung eines einheitlichen Wahlkreises
- bei gleichzeitiger Einführung eines Wahlsystems, das sowohl Listenstimmen (mit denen man den Parteien seine Stimmen gibt) als auch personalisierte Stimmen (mit denen man panaschieren kann) vorsieht;
- eine volle demokratische Kontrolle der Ernennung der Staatsratsmitglieder;
- massive Aufstockung der Ressourcen des Parlaments. ♦